

Entführungen und Kandidatenmorde erschüttern Mexiko – PRI gewinnt erste Testwahl 2010

Mit Regionalwahlen im Bundesstaat Yucatan hat Mexiko den Reigen von insgesamt 15 wichtigen Urnengängen im Laufe des Jahres 2010 eröffnet. Der Ausgang bestätigt die Tendenz eines weiteren Erstarkens der PRI: Sie konnte der PAN bei den Kommunalwahlen nach 19 Jahren erstmals wieder die Landeshauptstadt Merida abnehmen und stellt mit deutlicher absoluter Mehrheit auch die stärkste Fraktion im Landesparlament. Auf dem Parteitag der PAN versuchte Präsident Felipe Calderón, der eigenen Truppe Mut zuzusprechen. Bei den Wahlen zum Parteirat setzten sich seine Anhänger durch. Dominant allerdings: die Sorge um das Schicksal des verschwundenen ehemaligen Präsidentschaftskandidaten, Diego Fernandez de Cevallos.

Der 16. Mai brachte der PRI im wichtigen Regionalwahljahr 2010 einen ersten Erfolg: Sie setzte sich weitgehend im Bundesstaat Yucatan durch. Noch am 30. April hatte die Zeitung *Milenio* mittels Umfrage die PRI-Bewerberin für das Bürgermeisteramt der Landeshauptstadt Merida, Angélica Araujo mit 51,8 Prozent vor ihrer PAN-Mitbewerberin Beatriz Zavala mit 29,1 Prozent gesehen. Das Wahlergebnis war dann erheblich knapper und aus PAN-Sicht deutlich umstritten – die PRI beruft sich auf einen Vorsprung von rund 12.000 Stimmen, die PAN spricht von Wahlbetrug und will die Angelegenheit vor dem obersten nationalen Wahlgericht klären lassen – gegen den ausdrücklichen Rat ehemaliger eigener Bürgermeister Meridas.

Bei einem negativen Ausgang hätte sie erstmalig seit langem ihre Hochburg einge-

büßt – kein gutes Omen für die anstehenden Wahlen. Immerhin konnte sie sich in 34 von 106 Bürgermeisterwahlen behaupten – die PRI sicherte sich 65 und die PRD sechs Bürgermeisterposten. Zwischen einem und drei Bürgermeister stellen künftig die *Grünen*, PT, *Convergencia* und *Nueva Alianza*. Bei den Wahlen zum Landesparlament gewann die PRI 13 der 15 Direktmandate, die PAN zwei. Durch Listenmandate kommen für die PRI und die mit ihr verbündeten *Grünen* zwei Mandate hinzu, die PAN gewinnt zusätzlich vier und die PRD zwei Mandate.

Umfragekrieg

Der Fall Yucatan hat es schon angedeutet: Momentan tobt ein regelrechter Umfragekrieg, was die kommenden Wahlgänge angeht. Während vor allem die Umfragen der Zeitung *Milenio* meist deutliche Vorsprünge für die PRI-Kandidaten ermitteln – nicht zuletzt in den Bundesstaaten, wo gegen sie Wahlallianzen aus PAN und Linksparteien antreten – steuern diese mit ganzseitigen Anzeigen dagegen.

Einerseits wird so etwa für **Oaxaca** ein klarer Sieg des Allianz-Kandidaten Gabino Cué konstatiert (IPSOS-Umfrage aus dem April), während für **Sinaloa, Puebla und Durango** Kopf-an-Kopf-Rennen gemeldet werden (Umfragen von GCE und Buendia & Laredo aus dem April bzw. dem März). *Reforma* hingegen zeigt in einer am 20. Mai veröffentlichten Umfrage ein Kopf-an-Kopf-Rennen der Gouverneurskandidaten in Oaxaca, mit einem kleinen Vorsprung für den Kandidaten Gabino Cué von PAN, PRD, PT und *Convergencia*. Ein besonderes Signal in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

25. Mai 2010

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

dieser Umfrage: 48 Prozent der Befragten rechnen in Oaxaca mit Wahlbetrug, nur 31 Prozent gegen von sauberen Wahlen aus! In die Wahlbehörden des Bundesstaates hat die Mehrheit der Bürger keinerlei Vertrauen und vermutet Manipulationen. Angeheizt wird die Stimmung dort durch gewaltsame Auseinandersetzungen bewaffneter Gruppen in den *Indigena*-Gebieten der *Triquis*, wo jüngst eine mexikanische und ein finnischer Aktivist ums Leben kamen.

Für die Regionalwahlen in **Veracruz** sieht eine Umfrage der Zeitung *El Universal* derzeit (11.5.) einen klaren Vorsprung des PRI-Kandidaten Javier Duarte de Ochoa (42%) vor seinem Mitbewerber Miguel Ángel Yunes (23%). Der Kandidat von PRD, PT und *Convergencia*, Dante Delgado, käme demnach auf neun Prozent. In **Tlaxcala** und **Aguascalientes**, beide derzeit PAN regiert, muss die Partei aufgrund interner Streitigkeiten um die Gouverneursposten fürchten. Auch in **Hidalgo**, **Durango** und **Puebla** sieht es derzeit nicht nach Erfolgen aus. Knapp werden könnte es hingegen in **Sinaloa** und in **Zacatecas**, wo derzeit gleich drei aussichtsreiche Kandidaten vergleichsweise dicht zusammenliegen. Im unruhigen **Chihuahua**, derzeit unter PRI-Regierung, wird entscheidend sein, wem die Bürger eher die Lösung der gravierenden Sicherheitsprobleme zutrauen bzw. wen sie in erster Linie dafür verantwortlich machen.

Parteitag der PAN

In diesem Ambiente rief Präsident Felipe Calderón am 22. Mai seine Partei zur Geschlossenheit auf. Auf dem 21. Parteitag der PAN, bei dem wichtige interne Entscheidungen getroffen und der rund 300köpfige Nationalrat für die Periode 2010 bis 2013 neu gewählt wurde, sagte er, es sei Zeit für die PAN, „aufzuwachen und sich erneut als eine geschlossene Formation zu präsentieren“. Auch Parteichef Cesar Nava versuchte, den rund 12.000 Delegierten Mut zu machen: 2010 werde ein Jahr, in dem die „Rückkehr des Autoritarismus“ gebremst“ würde, „ein Jahr, in dem der Wahlsieg 2012 seinen Ausgang nehme“.

Zentrale Aufgabe des neu zusammengesetzten Gremiums: die Wahl des Parteivorsitzenden und des engeren Parteivorstandes im kommenden Dezember – und diese Gremien werden ihrerseits den entscheidenden Einfluss auf die Aufstellung der PAN-Listen für die Senats- und Abgeordnetenhauswahlen 2012 ausüben. Bei den Abstimmungen setzten sich dann in der Mehrzahl Vertraute des Präsidenten durch, an ihrer Spitze Calderóns Ehefrau Margarita Zavala und zahlreiche Mitglieder seines Kabinetts. Auch die Fraktionsvorsitzende der PAN im Abgeordnetenhaus und mögliche Präsidentschaftskandidatin Josefina Vazquez Mota zeigte sich zufrieden: sie kann auf 23 Mitglieder ihrer Fraktion verweisen, die den Sprung in das Gremium schafften. Eine gute Ausgangsbasis für die Kandidatenkür verschafften sich auch Senator Santiago Creel und die Gouverneure der Bundesstaaten Jalisco, Guanajuato und Morelos.

Andere wichtige Sektoren und Persönlichkeiten der Partei sehen sich – trotz einer Stärkung gegenüber dem Parteitag vor drei Jahren in Guanajuato - gleichwohl im neuen Nationalrat nur unzureichend repräsentiert und machen hinter die Wahlchancen der PAN im laufenden Jahr dicke Fragezeichen. Für sie ist die Bilanz seit 2007, dem Beginn der Dominanz der Anhänger des Präsidenten im Parteivorstand, eindeutig negativ.

Mit Queretaro und San Luis Potosi gingen wichtige Bundesstaaten verloren, Großstädte wie Guadalajara, Cuernavaca, Toluca, Torreón und Merida gingen für die PAN ebenso verloren wie bedeutende Umlandgemeinden der Hauptstadt. Die Partei regiert heute auf Gemeindeebene fast zehn Millionen weniger Mexikaner als zu Beginn von Calderóns Amtszeit – Triumphe zeichnete man eher in kleinen Gemeinden.

Zum Desaster wurden auch die Zwischenwahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2009: ein Minus von 4,2 Millionen Stimmen im Vergleich zur Wahl drei Jahre zuvor sowie der Verlust von 61 Mandaten. Einziger Lichtblick: der Sieg bei den Gouverneurswahlen im Bundesstaat Sonora.

MEXIKO

FRANK PRIESS

25. Mai 2010

www.kas.de/mexikowww.kas.de**Gewalt überschattet Wahlkämpfe**

Unübersehbar spielen die enormen Sicherheitsprobleme Mexikos auch in den laufenden Vorwahl- und Wahlkämpfen eine große Rolle – schon bei der Kandidatenaufstellung. So äußerte der Kandidat der PAN für den Gouverneursposten in **Tamaulipas**, José Julián Sacramento, seiner Partei falle es angesichts konkreter Bedrohungen seitens des organisierten Verbrechens schwer, Mitglieder zu einer Kandidatur für die Bürgermeisterposten in Nueva Ciudad Guerrero, Ciudad Mier und Camargo zu gewinnen – auch für die Wahldistrikte in Río Bravo und San Fernando fänden sich keine Aspiranten, die ins Regionalparlament gewählt werden wollten.

Am 13. Mai schließlich wurde der Kandidat der PAN für den Bürgermeisterposten in der Gemeinde Valle Hermoso, José Mario Guajardo Varela ermordet - zusammen mit seinem Sohn und einem Mitarbeiter seiner Kampagne. Seine Ersatzkandidatin zog daraufhin ihre Kandidatur zurück und erklärte, es gäbe keine hinreichenden Voraussetzungen für eine demokratische Wahlauseinandersetzung. Im Bundesstaat **Zacatecas** wurde am 21. Mai der Listenführer der PRI für die Kommunalwahlen in der Gemeinde Calera ermordet. Auch aus zahlreichen anderen Bundesstaaten werden Gewaltverbrechen und Einschüchterungen gemeldet.

Spitzenpolitiker verschwunden

In einen Schockzustand versetzte die politische Klasse Mexikos schließlich die vermutete Entführung des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der PAN, Diego Fernandez de Cevallos, „el jefe Diego“. Er verschwand in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai spurlos aus seinem Landhaus *La Cabaña* im Bundesstaat Queretaro. In seinem Auto sollen Blutspuren und Einschusslöcher gefunden worden sein. 1994 führte er seine Partei in die Präsidentschaftswahlen gegen den späteren Präsidenten Ernesto Zedillo, neben zahlreichen anderen politischen Funktionen war er Fraktionsvorsitzender der PAN im Senat und im Abgeordnetenhaus.

Die Informationslage ist auch rund zehn Tage nach dem Verschwinden mehr als un-

klar: die Generalstaatsanwaltschaft erklärte, man habe die Ermittlungen suspendiert – ein überaus ungewöhnlicher Vorgang, der von Justizexperten angesichts der Tatsache, dass Entführung in Mexiko ein Officialdelikt darstellt, entsprechend scharf kritisiert wird. Opfer von Entführungen kritisieren derweil auch die Ungleichbehandlung dieses Falles im Vergleich zu denen ihrer Angehörigen.

Manche Medien, allen voran der Fernsehriese *Televisa*, erlegten sich einen kompletten Informationsstopp über den Fall auf, eine wiederum von Journalisten wie der bekannten Hörfunk- und Fernsehmoderatorin Carmen Aristegui massiv hinterfragte Aktion. Gewünscht wird diese „hermetische“ Haltung offenbar besonders von der Familie des Opfers, die von einer Entführung aus wirtschaftlichen Gründen spricht und sich ansonsten nicht äußert. Fernandez de Cevallos hat nicht zuletzt über seine Anwaltschaft ein enormes Privatvermögen erworben – manche Beobachter werfen ihm allerdings vor, hierbei vor allem seinen politischen Einfluss genutzt und öffentliche und private Funktionen vermischt zu haben.

Kein Wunder, dass die Gerüchte entsprechend ins Kraut schießen: eines davon ist, die Entführer entstammten dem organisierten Verbrechen und versuchten, im Austausch für Diego Fernandez de Cevallos einen Anführer des Drogenkartells des *Chapo* Guzman freizupressen.

Sicherheitsfirmen prosperieren

Die Sicherheitssituation hat immerhin dazu geführt, dass ein Sektor ganz besonders prosperiert: das Angebot privater Sicherheitsdienste. So stieg nach offiziellen Angaben die Zahl der Firmen, die solche Leistungen anbieten, zwischen 2007 und 2009 von 421 auf 665. Während das Sicherheitsministerium offiziell nur 127.000 Wachleute registriert hat, geht die Branche von rund 900.000 Beschäftigten aus. Die meisten, so die Zeitung *El Universal* in ihrer Recherche, arbeiteten illegal und hätten nie entsprechende Sicherheitsprüfungen durchlaufen. Konservative Schätzungen, so die Zeitung, rechneten mit vier Firmen ohne Registrierung auf jede offiziell angemeldete. Vor al-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

25. Mai 2010

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

lem ehemalige Polizisten und Militärs hätten sich in diesem Sektor selbständig gemacht. Allerdings seien auch aktuell im staatlichen Sicherheitsbereich Beschäftigte im Nebenjob bei den Privaten engagiert.

Mit seinen Sicherheitsproblemen allerdings steht Mexiko im lateinamerikanischen Kontext keineswegs allein: In ihrem jüngsten Bericht hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission CIDH vor einem Ansteigen des Gewaltniveaus im Subkontinent gewarnt. Die Angst, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden, habe bei den Bürgerinnen und Bürgern bereits die Angst vor Arbeitslosigkeit vom ersten Platz der Prioritäten verdrängt. In Lateinamerika kämen jährlich 25,6 Morde auf je 100.000 Einwohner, in Europa seien es dagegen z.B. 8,9. Am höchsten ist die Rate in der Karibik: 30 Morde auf 100.000 Einwohner. Diese Situation, so die Kommission, koste die Länder der Region zwischen zwei und 15 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts.

Kaufkraftverluste trotz Erholung?

Die kritische Wirtschaftslage mit hoher Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung führt dem organisierten Verbrechen nach übereinstimmender Meinung aller Beobachter ein zusätzliches Rekrutierungspotential zu. Aber selbst wer Arbeit hat, steht vor Problemen- hier gilt es oft, starke Kaufkraftverluste zu verkraften. Nach Angaben des Sozialversicherungssystems IMSS beträgt derzeit das mittlere Tageseinkommen 236,38 Pesos, umgerechnet etwa zwanzig US-Dollar – die reale Kaufkraft habe auf Grund der Wirtschaftskrise den stärksten Rückgang seit 14 Jahren aufgewiesen.

Nach einer Studie der staatlichen Universität UNAM beträgt der Kaufkraftverlust für untere und mittlere Einkommensgruppen gegenüber 2006 insgesamt 47,1 Prozent, vor allem deshalb, weil der Warenkorb der Grundversorgung in der Zwischenzeit um 93 Prozent teurer geworden sei. Die Mindesteinkommen (derzeit 57,46 Pesos täglich) seien im gleichen Zeitraum allerdings nur um 17 Prozent angehoben worden. Habe ein Arbeiter zu Beginn der Amtszeit von Präsident Felipe Calderón noch 13 Stunden

und 17 Minuten arbeiten müssen, um sich diesen Grundwarenkorb leisten zu können, seien es jetzt 21 Stunden 50 Minuten. Öl, Zucker und Bohnen etwa seien zwischen 125,02 und 219,04 Prozent teurer geworden.

Diese Angaben kontrastieren deutlich mit einer insgesamt moderaten Inflationsentwicklung im genannten Zeitraum und halbwegs zufriedenstellenden makroökonomischen Daten. So liegt die Verschuldung Mexikos nach wie vor nur bei rund 40 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts – gerade mit Blick auf Europa fast ein Traumwert, den auch viele andere lateinamerikanische Staaten erreichen.

Gleichzeitig haben sich aber die Arbeitsbedingungen in Mexiko in dieser Krisenzeit verschlechtert, so eine Studie des *Wirtschaftsforschungszentrums des Privatsektors* (CEESP). Danach sei die jüngste Zunahme von Arbeitsplätzen zwar insgesamt ein positives Zeichen, gleichzeitig aber habe sich die Zahl „prekärer Arbeitsverhältnisse“ deutlich erhöht – zu diesen gehören solche, die etwa keine Krankenversicherung einschließen. Darunter hätten jetzt auch besonders Menschen zu leiden, die ein besseres Ausbildungsniveau vorweisen könnten. Nach Angaben des CEESP gibt es in Mexiko 12,5 Millionen Beschäftigungsverhältnisse im sogenannten „informellen Sektor“.

Auslandsinvestitionen steigen wieder

Immerhin sind im Vergleich zum Vorjahr die Auslandsinvestitionen in Mexiko wieder angestiegen. Sie lagen mit 4,333 Milliarden Dollar im ersten Trimester 2010 um 9,1 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Legt man allerdings den Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre für diesen Zeitraum zugrunde, lagen die Auslandsinvestitionen jeweils bei 6,822 Milliarden Dollar – ein Zeichen dafür, dass sich die Wirtschaftslage eher langsam verbessert, ein Zeichen möglicherweise aber auch, dass die Investitionsbedingungen in Mexiko von möglichen Investoren kritischer gesehen werden. Deutlich größer als die Investitionen neu nach Mexiko kommender Firmen sind Re-Investitionen von Unternehmen, die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

25. Mai 2010

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

sich bereits im Lande befinden. Unter den Ursprungsländern der Investoren stehen die USA mit der fast der Hälfte der Gesamtsumme an der Spitze, gefolgt von den Niederlanden, Spanien und Deutschland.

Hier spielt möglicherweise die Sicherheitslage eine Rolle, aber auch das Investitionsklima insgesamt: so ist Mexiko in einschlägigen Indices zum Thema Wettbewerbsfähigkeit weiter abgerutscht. In dem des *World Competitiveness Yearbook 2010* nimmt das Land Platz 47 ein, deutlich hinter lateinamerikanischen Mitbewerbern wie Chile (28), Brasilien (38) und Peru (41). Deutlich sind auch die Unterschiede innerhalb des Landes: während der Hauptstadt und den Bundesstaaten Nuevo León und Querétaro vergleichsweise ordentlich Werte bescheinigt werden, nehmen die „Südstaaten“ Guerrero, Oaxaca und Chiapas abgeschlagen die letzten Plätze ein.

Forderungen an die USA

Angesichts der prekären Lage auf dem mexikanischen Arbeitsmarkt ist das Thema Migration in Mexiko aktueller denn je. Auslöser einer hitzigen Debatte war jetzt eine entsprechende Gesetzesreform im US-Bundesstaat Arizona, das sogenannte Gesetz SB1070. Hier werden den Sicherheitskräften zusätzliche Rechte bei der Überprüfung von Menschen eingeräumt, die sich möglicherweise illegal in Arizona aufhalten. Allein von knapp einer halben Million Mexikaner ist hier die Rede. Unter Strafe steht jetzt, solchen Menschen Arbeit anzubieten. Speziell die Ausführungsbestimmungen hält man in Mexiko für „rassistisch“. Selbst wichtige US-Politiker haben sich mittlerweile gegen das Werk ausgesprochen, einzelne Städte wie etwa Los Angeles rufen zu offenem Boykott Arizonas auf. Für Gouverneurin Brewer und Senatoren wie John McCain dürfte bei der Unterstützung des Gesetzes vor allem die aktuelle Wahlkampfsituation im Bundesstaat eine Rolle gespielt haben – und das Aufkommen extrem konservativer und nationalistischer Bewegung wie der *Tea Party*.

Präsident Felipe Calderón nahm seinen jüngsten US-Besuch und den Auftritt vor

beiden Häusern des Kongresses denn auch zum Anlass, seine Kritik vorzubringen und eine andere Migrationsgesetzgebung zu verlangen – ein Wunsch, den Präsident Barack Obama umgehend mit dem Verweis auf fehlende Kongressmehrheiten konterte. Calderón verband das mit der Forderung, die wirtschaftlichen Beziehungen die Mexiko und die USA in der Freihandelszone NAFTA verbinden, auf eine fairere Grundlage zu stellen. Auch in Sicherheitsfragen hielt er den USA den Spiegel vor und forderte, das 2004 ausgelaufene Verbot zum Verkauf von schweren Waffen zu erneuern – deren illegaler Export führe letztlich nur zu einer Bewaffnung der Drogenkartelle. Auch hier ließ die US-Regierung allerdings sofort verlauten, man sehe keine Chance auf die Durchsetzung von Veränderungen, sie stünden nicht auf der Tagesordnung.

Während Präsident Calderón in Mexiko für seine deutliche Sprache mit heftigem Applaus bedacht wurde, sahen verschiedene US-Parlamentarier diese Ausführungen als klare Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten – gegen das Prinzip nationaler Souveränität also, das sonst gerade in Mexiko besonders hoch gehalten wird.

Die offene Flanke Mexikos in dieser Debatte liegt allerdings klar zu Tage: immer wieder beklagen Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International* die Behandlung von Einwanderern aus Zentralamerika speziell an Mexikos Südgrenze. Allein auf rund 10.000 wird die Zahl der Entführungsfälle illegaler Emigranten in Mexiko für die vergangenen zwölf Monate angegeben. Oft sind staatliche Funktionäre und speziell die Sicherheitskräfte involviert, auch in direkte Menschenrechtsverletzungen wie Menschenhandel und Zwangsprostitution. Da nützt es dem Land wenig, dass die eigenen Gesetze – sie wurden 2008 entsprechend reformiert - illegale Einwanderung nicht länger als Straftat, sondern nur als administrativen Verstoß betrachten, dessen Verfolgung für die Polizei mit erheblichen Auflagen versehen ist.